

Langr, Jaroslav

Article — Digitized Version

Das neue System einer planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft in der Tschechoslowakei

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Langr, Jaroslav (1965) : Das neue System einer planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft in der Tschechoslowakei, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 4, pp. 196-201

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133469>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das neue System einer planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft in der Tschechoslowakei

Dr. Jaroslav Langr, Prag

In der zweiten Hälfte des Jahres 1964 wurde in der Tschechoslowakei eine in Kreisen der theoretischen Fachleute sowie Praktiker durchgeführte Diskussion über die neuen Grundsätze einer Vervollkommnung in der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft verwirklicht. Dabei wurden die bisherigen Erfahrungen in Rechnung gestellt und neue Konzeptionen aufgezeigt. Das Diskussionsergebnis war Gegenstand von Erörterungen im Zentralkomitee der KPČ, das Entscheidungen über die neuen Grundsätze traf und bestimmte, daß diese nach und nach ab 1965 in der Praxis einzuführen sind. Vollständig werden diese aber erst ab 1966 mit dem Beginn der Realisierung des Perspektivplanes 1966—1970 zur Geltung kommen.

Um welche theoretischen und praktischen Probleme geht es hier? Eine Beantwortung dieser Frage macht es erforderlich, zu beleuchten, auf welchen Grundsätzen die bisherige Leitung der Volkswirtschaft basierte und worin diese Grundsätze allmählich vom Leben überholt wurden.

BISHERIGE GRUNDSÄTZE DER PLANUNG ÜBERHOLT

Die sozialistische Produktionsweise, die hier in ihrer Beziehung zur Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtproduktes beobachtet wird, bildet — ganz allgemein gesagt — ideale Bedingungen für eine zentrale planmäßige Leitung bei der Bildung des gesellschaftlichen Bruttoproduktes im Reproduktionsprozeß. Das bedeutet, daß hier eine Möglichkeit entsteht, mit perspektivischer Ausrichtung eine Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen einerseits und den einzelnen Unternehmen andererseits planmäßig durchzuführen, d. h. planmäßig die Beziehungen zwischen Erzeugung und Verbrauch vom Gesichtspunkt einer Abstimmung der Interessen der Gesellschaft und der Einzelpersonen, bzw. der Produktionseinheiten, abzugrenzen.

Die bisherige Praxis bei Beobachtung dieser Interessen erforderte eine unmittelbare ex-ante-Leitung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf Grund direkter Bestimmung der Kosteneinheit an lebendiger und an vergegenständlichter Arbeit bei der Erzeugung der einzelnen Produkte, was über die Bilanzierung des Zentralplanes in physischen Einheiten zustande kam. Die Bildung und Teilung des gesellschaftlichen Produktes wurde nach den Erfordernissen der allgemeinen Bedürfnisse der sozialistischen Gesellschaft bei Ver-

wendung eines bestimmten Kriteriums bei der Wertung der geleisteten Arbeit sichergestellt, auf Grund dessen sich die Verteilung des individuellen Verbrauchsfonds ergab.

Dieser Grundzug der sozialistischen Ökonomik (der planmäßigen zentralen Leitung) erklärt sich bekanntlich aus der Negierung des Prinzips der kapitalistischen Konkurrenz auf den verschiedenen Stufen ihres Wirkens, die in der kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich eine ganze Reihe ökonomischer Erfordernisse, die die Qualität der Erzeugnisse, die technische Entwicklung, Verteilung der Arbeitskräfte, den Anteil am Verbrauch des Nationaleinkommens usw. betreffen, sicherstellt.

Im Sozialismus übernimmt diese Funktion auf Grund der zentralen Planung und der Planung in den unteren Stufen insbesondere die lohnmäßige Begünstigung der schöpferischen Initiative der Werktätigen, die in verschiedenen Arten des sozialistischen Wettbewerbs von Kollektiven in den Unternehmen sowie zwischen den Fachzweigen zum Ausdruck kommt.

Das bedeutet natürlich nicht, daß diese unter dem gemeinsamen Begriff „schöpferische Initiative der Werktätigen“ angeführten Stimulantia nicht in gegenseitige Widersprüche geraten können, wodurch sie dann zu einer Bremse der Weiterentwicklung werden. In den Grundsätzen, die über die Vervollkommnung der planmäßigen Leitung handeln, wird in diesem Zusammenhang festgestellt, daß in dem bisherigen System der Leitung sehr häufig „die moralischen Beweggründe sowie die materiellen Interessen der Unternehmen und Einzelpersonen sich nicht harmonisch entwickeln und gelegentlich sogar gegeneinander wirken...“

Wenn wir die sozialistische Ordnung als Ausdruck einer gesetzmäßigen gesellschaftlichen Entwicklung ansehen, die sich auf Grund der beiden angeführten grundlegenden Wesenszüge, der zentralen planmäßigen Leitung und der Entwicklung schöpferischer Initiative der Werktätigen, verwirklichen kann, ist es leicht einzusehen, daß sich in der Tschechoslowakei eine Situation herausbildete, in der dieses Erfordernis immer schwieriger durchzusetzen war. Die negativen Züge, die die schöpferische Initiative der Werktätigen zu bremsen begannen, konnten auf die Art und Weise der zentralen Leitung nicht ohne Einfluß bleiben. Derart bewies die Praxis, daß die zentrale Leitung und die in Form des sogenannten „demokratischen Zen-

tralismus“ in Erscheinung tretende schöpferische Initiative der Werktätigen unter bestimmten konkreten Bedingungen zu inneren Widersprüchen führen kann und deshalb eine Lösung erheischt.

Die Ursachen, die zu diesen gegenwärtigen Widersprüchen führten, zu definieren, ist sehr schwierig, auch wenn diese Widersprüche leicht wahrgenommen werden können, wie es die erwähnten Grundsätze tun, in denen festgestellt wird: „... das System der Entlohnungen bevorteilt bisweilen einen solchen, der nicht in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Interessen und sogar im Gegensatz zu diesen Interessen arbeitet ...“

Wo soll man also die allgemeinen Ursachen der Widersprüche in der tschechoslowakischen sozialistischen Wirklichkeit suchen?

ZENTRALISIERUNG ODER DEZENTRALISIERUNG?

Im Modell der sozialistischen Wirtschaft, die in kurzer Zeit eine bedeutende Entwicklung durchmachte, kristallisieren sich zwei Grundprobleme heraus, die von Anfang an der Leitung dieses Systems gegeneinanderstehen: der zentrale Plan, verbunden mit einer Zentralisierung ökonomischer Entscheidungen in bezug auf die Bildung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes, und der mit einer Dezentralisierung ökonomischer Entscheidungen verbundene sozialistische Markt. Wenn wir von einer Dezentralisierung der ökonomischen Entscheidungen sprechen, so haben wir entweder den Standpunkt von Einzelpersonen im Hinblick auf ihre persönlichen Belange (die Strukturbildung der Verbraucherkörbe beeinflusst praktisch die Produktion der zweiten Produktionsgruppe, die Produktion von Verbrauchsgütern) im Sinn oder den Standpunkt der autonomen Entscheidungen in den Unternehmen, denen im Rahmen des Plans eine gewisse ökonomische Entscheidungsfreiheit belassen ist, sowohl in der Richtung nach innen als auch nach außen, was in einem bestimmten Standpunkt der Betriebe auf dem Markte zum Ausdruck kommt.

Das gegenwärtige Problem der sozialistischen Ökonomik besteht darin, optimale Beziehungen der zentralisierten und der dezentralisierten Entscheidungen herauszufinden.

Es ist offenkundig, daß der Begriff optimale Beziehungen nicht ein für allemal gegeben ist, er wird sich mit der Änderung der konkreten Bedingungen ändern. Auf Grund des bisher Gesagten ist es möglich, die allgemeinen Ursachen der heutigen Widersprüche in der tschechoslowakischen Ökonomik mit der Notwendigkeit klarzustellen, diesen optimalen Umfang der zentralisierten und der dezentralisierten Entscheidungen in eine andere Ebene zu überführen, weil die bisherige Lage diesen Entscheidungen nicht entsprochen hat.

Bei der Wertung der gegenwärtigen Entwicklung wurde festgestellt: „Das heute von der Entwicklung bereits überholte System brachte es zwar fertig, die Quellen des Wachstums voll zu mobilisieren, wie es die Erweiterung unserer Produktionsbasis durch den Bau neuer Betriebe und die Eingliederung von Hunderttausenden neuen Arbeitskräften in den Produktionsprozeß waren. Das gegenwärtige System schafft keine hinreichenden Impulse für eine Beschleunigung des Anstiegs der Arbeitsproduktivität und eröffnet keine weiteren Wege zu neuen Wachstumsquellen. Es hat die entsprechende technische Entwicklung unserer Produktion, die Modernisierung aller unserer wichtigsten Produktionsgebiete nicht hinreichend angeregt ...“

Wir sehen, daß der Gegensatz zwischen dem Zentralplan und der schöpferischen Initiative der Werktätigen als Widerspruch zwischen zentralisierter und dezentralisierter Entscheidung in Erscheinung tritt, in deren Folge sich die Beziehungen zwischen Produktion und Konsum entwickeln. Wenn wir von der Notwendigkeit sprechen, ein neues Optimum in diesen Beziehungen herauszubilden, geht es im wesentlichen darum, ob es günstig ist, die Bedeutung der zentralisierten Entscheidungen zu verstärken, oder im Gegenteil, einige Momente der dezentralisierten Entscheidungen zu stärken.

Damit es nicht gleich von Anfang an zu Mißverständnissen komme, muß gesagt werden, daß auch dann, wohin das erwähnte Optimum auch immer hinausgeschoben werden mag, sich die zentralisierte planmäßige Entscheidung niemals ihres direkten und bestimmenden Einflusses auf die makroökonomischen Probleme begeben kann, wie es die Festsetzung des Produktionstempos, der Hauptrichtungen des Produktionswuchses, der grundlegenden Momente der Verteilung des National Einkommens usw. sind. Eine neue Festlegung des Optimums kann jedoch Problemgruppen mikroökonomischen Charakters betreffen, die der Entscheidung der einzelnen Wirtschaftseinheiten zustehen oder auch nicht zustehen müssen, wie beispielsweise die Kompetenz bezüglich des laufenden ökonomischen Betriebsaufbaus, der Entlohnung der Werktätigen, der Festsetzung der Preise der Erzeugnisse und somit ihrer Stellung auf dem Markte usw. (Fragen, die in die Sphäre der dezentralisierten Entscheidungen auf dem Gebiet des persönlichen Verbrauchs fallen, sind hier beiseite gelassen worden).

In der Tschechoslowakei herrschte bisher in der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft die Tendenz einer Universalisierung und Detaillierung der zentralen ökonomischen Entscheidungen vor, und das bedeutet, daß auch die oben erwähnten mikroökonomischen Probleme zentralen Entscheidungen unterworfen waren, was in Form planmäßiger Anordnungen vor sich ging, so daß in der Volkswirtschaft Verbindungen vertikalen Charakters vorherrschten, während die Zusammenhänge horizontalen Charakters nahezu zu einer technischen Ergänzungssphäre geworden sind.

Unter diesen Umständen waren die einzelnen Wirtschaftseinheiten in ihrer Beziehung zur Zentrale auch in ihrer selbständigen Lohn- und Preispolitik wesentlich eingeschränkt. Daraus ergibt sich, daß die Struktur der Nachfrage der Struktur des Angebots einerseits in Form von direkter Zuteilung des Erzeugnisses, andererseits in Form der Preisfestsetzung angepaßt war, die Angebot und Nachfrage ausglich. Das Geld wurde derart überwiegend zu einem passiven Reflex sachlicher Faktoren des Reproduktionsprozesses. Die erwähnten Grundsätze stellen in diesem Zusammenhang trocken fest: „In der bisherigen Praxis war der wichtigste Gesichtspunkt die bilanzmäßige Ausgeglichenheit des Plans, das bedeutet, die Deckung der bekannten Bedürfnisse aus den geplanten Quellen. Dabei wurde sehr häufig die Rentabilität einer jeden solchen Lösung ungenügend berücksichtigt... Bisher herrschte das Bestreben vor, gesamtgesellschaftliche Interessen in den Unternehmen durch Aufschlüsselung der Aufgaben und mittels der Kennziffern des staatlichen Plans durchzusetzen, das bedeutet durch gesonderte Eingriffe in die einzelne Tätigkeit der Unternehmen. Künftighin ist es notwendig, daß die Beobachtung der gesamtgesellschaftlichen Interessen durch ein einheitliches System von Bedingungen geschaffen wird, das dem Unternehmen Raum für seine eigenen Entscheidungen abgrenzt. Das Kollektiv der Unternehmen muß für seine eigene Initiative nicht nur genügend Raum, sondern für sie auch ein genügend starkes, ökonomisch unterbautes Interesse haben. Die einzelnen Wertkategorien Preis, Gewinn, Lohn, Kredit u. ä. müssen wirksam zur Einflußnahme auf die Unternehmen derart genutzt werden, damit diese die Erzeugung jener Produkte erweitern, nach denen die Nachfrage steigt, initiativ neue Erzeugnisse einführen und die Erzeugung unnötiger Produkte einschränken...“

NEUFORMULIERUNG DER ROLLE DES GELDES

Allgemein gesagt, die neuen Grundsätze der Planung stützen sich auf die Aktivierung des Geldes in der Volkswirtschaft, auf eine geänderte Stellung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die bisher überwiegend eine Funktion der Evidenz und Kontrolle über die Erfüllung von Entscheidungen zentraler Rangordnung innehatte und die jetzt zu einem wichtigen Instrument zur Erzielung einer höchst rentablen Tätigkeit des Unternehmens werden soll.

Die Aktivierung des Geldes in der neuen Auffassung der planmäßigen Leitung bedeutet auch, daß die Schlußfolgerungen der zentralen und niederen ökonomischen Entscheidungen durch ein System von Wertgrößen ausgedrückt werden und daß diese, aus einem Komplexvergleich von Möglichkeiten und Bedürfnissen der aufgewandten Mittel erfließenden Schlüsse es ermöglichen, Berechnungen über den Rücklauf der aufgewandten Kosten, und zwar im Vergleich zum ökonomischen

Weltniveau, durchzuführen und zugleich die Möglichkeit geben, bessere Entscheidungen über die Verteilung aller Zentralmittel zu treffen, wobei man sich bei diesen Entscheidungen nicht nur auf bloße Behauptungen über die Notwendigkeit des Verbrauchs stützen wird.

Wenn im bisher Gesagten die Notwendigkeit betont wurde, das Optimum der Beziehungen der zentralisierten und der dezentralisierten Entscheidungen in eine andere Ebene zu verschieben, so geht daraus hervor, daß diese Verschiebung zugunsten der Lösung mikroökonomischer Probleme der Produktionseinheiten geschieht, was bedeutet, daß hier die Rolle des Unternehmens auf dem Markt in der Beziehung zur zentralen Entscheidung betont wird.

In diesem Zusammenhang treten gleich zwei Fragen in Erscheinung:

Handelt es sich hier nicht um das Entstehen von Tendenzen, deren Weiterentwicklung zu einer wesentlichen Einschränkung der zentralen ökonomischen Entscheidungen und zu einer Bevorzugung jener Entscheidungen führen, die sich aus der Marktlage bei den Produktionseinheiten ergeben und die in schwer lösbare Konflikte mit dem Zentralplan geraten könnten? Worin beruht unter diesen Umständen der wesentliche Unterschied zwischen dem Programmsystem, das in verschiedenem Grade die Entwicklung der Ökonomik in den einzelnen kapitalistischen Ländern beeinflußt, und der sozialistischen Planung gemäß den neuen Grundsätzen, die in der Tschechoslowakei jetzt angenommen werden?

PLANUNG ÜBER DEN MARKT

Die Beantwortung der zweiten Frage erheischt vor allem eine Klarstellung der ersten. Und hier handelt es sich vor allem um die Stellung der zentralen Entscheidungen zum Markte.

Oben wurde betont, daß in den sozialistischen Bedingungen Fragen makroökonomischen Charakters immer in die Sphäre der zentralen Entscheidung fallen werden. Der Perspektivplan legt in Gestalt von Zielregelungen der Produktion die Hauptrichtungen der Industrialisierung und damit auch die grundlegenden Materialproportionen zwischen den Fachgebieten fest. Abstrakt gesagt, damit der erwähnte Unterschied zwischen der Planung in den sozialistischen und in den kapitalistischen Bedingungen ausdrucksvoll hervortritt, können diese makroökonomischen Beziehungen in den sozialistischen Bedingungen abweichend von jenen Beziehungen bestimmt werden, die auf Grund irgendwelcher idealer Marktbedingungen als ihr Produkt entstehen könnten, wenn die Zentralinstitutionen zum Schluß kommen, daß das der ganzen Gesellschaft zum Vorteil gereichen wird. Mit anderen Worten: Der Marktmechanismus wird für die zielbewußte Gestaltung der Beziehungen im Zentralplan verwendet.

Dieser Marktmechanismus ist jedoch den zielgemäßen Regelungen unterstellt. Das bedeutet allerdings nicht, daß dabei die Belange der Gesellschaft, die sich durch die Nachfrage auf dem Markte durchsetzen, nicht berücksichtigt würden. Allerdings kann sich die Richtung dieser Nachfrage, in deren Hintergrund der produktive sowie der persönliche Konsum stehen, infolge makroökonomischer Zentralentscheidungen anders entwickeln, als es unter Bedingungen, die Angebot und Nachfrage hemmungslos wirken lassen, der Fall wäre. Demgegenüber wird ein solches Perspektivprogramm in den kapitalistischen Bedingungen bei programmäßiger Leitung der Ökonomik hauptsächlich Funktionswerte der Marktnachfrage annehmen. Unter diesen Bedingungen besteht in der sozialistischen Ordnung die reale Möglichkeit, eine unmittelbare und rasche Zielgestaltung des Perspektivplans zu erreichen.

Zu diesem Zweck wird die Wirkung des Marktmechanismus in der Tschechoslowakei künftig durch dreierlei Formen der Preisbildung beeinflusst.

Drei Formen der Preisbildung

Einerseits wird es feste Preise geben. Diese werden von den Zentralorganen für Grundrohstoffe, Grundmaterial und Energie und im Kleinhandel für die wichtigsten Lebensbelange notwendigen Konsumgüter festgesetzt.

Dann wird es Limitpreise für Standarderzeugnisse geben, bei denen das Zentralorgan die obere, gegebenenfalls die untere Grenze festsetzt.

Als dritte Preisart wird es freie Preise geben, die entweder allein von der Abmachung des Lieferanten und des Abnehmers abhängig sind oder im Binnenhandel von der Verkaufsorganisation unter Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage festgesetzt werden.

Aus dem bereits Angeführten ergibt sich die Unterschiedlichkeit des sozialistischen Modells gegenüber dem Modell mit Konkurrenzcharakter.

In den erwähnten Grundsätzen wird die Einordnung von Wissenschaft und Technik in die Perspektiventwicklung der Volkswirtschaft festgelegt. Wissenschaft und Technik sollen sich insbesondere auf jene Abschnitte konzentrieren, in denen in der CSSR die günstigsten Voraussetzungen für die Erreichung und die Überholung des technischen Weltniveaus bestehen. Es handelt sich dabei um einen bedeutenden Schritt, wenn wir bedenken, daß die tschechoslowakische Wirtschaft zu Beginn des Jahres 1965 eine intensive Wirtschaftsentwicklung einleitete, aus der sich eine neue Produktionsstruktur ergeben wird, die jene Unternehmen materiell begünstigen wird, die sich auf die Erzeugung technisch neuer, fortschrittlicher Produkte, die dem Weltniveau entsprechen, ausrichten werden.

Wenn wir oben angeführt haben, daß die Zentralorgane über die Großinvestitionen von Entwicklungscharakter, die das Gewicht der einzelnen Fachzweige

oder Fachgebiete ändern, entscheiden werden, bedeutet das auch, daß sie in diesem Sinn über die komplexen Rekonstruktions-Erneuerungen der Fachzweige oder Fachgebiete entscheiden werden, soweit diese einen Umschwung in ihrer Arbeitsproduktivität mit sich bringen. Das Zentralorgan behält sich das Recht vor, eine Investition nicht zuzulassen, wenn sie nicht die Gewähr bietet, daß nach ihrer Inbetriebnahme eine Produktion von Weltniveau anläuft.

Drei Arten von Investitionen

Nach den Richtlinien gibt es drei Arten von Investitionen:

1. Entwicklungsinvestitionen, die zentral geplant und aus dem Staatshaushalt finanziert werden,
2. Branchen- und Betriebsinvestitionen mit Modernisierungs- und Rationalisierungscharakter, die entweder aus Eigenmitteln der Unternehmen oder durch Bankkredit, für welchen die Regierung die Bedingungen festsetzt, finanziert werden,
3. werden die Unternehmen über eigene Mittel aus einem Teil der Abschreibungen verfügen, die sie nach eigenem Gutdünken für Generalreparaturen oder Erneuerungsinvestitionen verwenden können.

Schon durch diese Auffassung der Funktion des Zentralplans wird die ökonomische Stellung der Betriebe gegenüber den zentralen Entscheidungen indirekt umgrenzt.

Wenn in den neuen Grundsätzen von einer Detaillierung der Zentralplanung Abstand genommen wird, bedeutet das nicht nur eine erhöhte ökonomische Selbständigkeit des Unternehmens, sondern auch eine Neuschöpfung der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen, aus denen diese relative Selbständigkeit erwächst.

Worin beruht die qualitative Änderung gegenüber der bisherigen Art?

Vor allem wird es darum gehen, daß die Mittel zur Deckung der Betriebskosten aus den Geldeinnahmen für die auf dem Markt realisierte Produktion geschöpft werden müssen. Gegenüber dem bisherigen Stand bedeutet das, daß die Unternehmen nicht nur dafür entlohnt werden, wie sie die durch den Plan auferlegte Produktion erfüllen, sondern vor allem dafür, wie ihre Produktion realisiert wurde. Durch diese Maßnahme gelangt die Produktion durch Vermittlung des Marktes in unmittelbaren Kontakt mit dem Konsum. Damit werden die komplizierten und häufig bürokratischen Maßnahmen abgebaut, die bisher vonnöten waren, um die gegenseitige Bindung von Produktion und Konsum zu vermitteln.

Das bedeutet allerdings, daß das Unternehmen nach Abzug der Unkosten für Material, Energie, Transport sowie der Abschreibungen vom Marktpreis an der Größe der Bruttoeinnahmen interessiert sein wird,

aus der es die Zinslasten des Grundfonds, Kreditzinsen und -abzahlungen, Eigeninvestitionen und die Abführungen an den Staat decken wird.

Nach Abzug dieser Posten bleibt dem Unternehmen der Fonds für die Entlohnung der Werktätigen, der sich zusammensetzt aus den Entlohnungen für die individuell geleistete Arbeit, aus dem Grundlohn und dessen Anteilen, die nach der Menge und der gesellschaftlichen Bedeutung der Arbeit durch die Zentralorgane festgelegt werden, ferner aus den Entlohnungen gemäß den gesellschaftlichen Ergebnissen des Unternehmens, Prämien und außerordentlichen Entlohnungen, die je nachdem bestimmt werden, wie die Werktätigen des Unternehmens zum gemeinsamen Nutzeffekt beitragen.

SIEG DES RENTABILITÄTSDENKENS

In diesen neuen Bedingungen tritt in allen Unternehmen der Grundsatz der Rentabilität der Unternehmen, der Effektivität der Investitionen vom Gesichtspunkt einer Senkung des Materialaufwands und der Zeit ihres Rückflusses in den Vordergrund. Diese Methoden werden zu dem Bestreben führen, den Unterschied zwischen der realisierten Brutto-Gesamtproduktion und den Bruttoeinkommen zu erhöhen, und zwar auf dem Wege einer Modernisierung der Betriebsanlagen.

Auf den ersten Blick könnte es den Anschein erwecken, daß gegenüber der vorangegangenen Planungsart im wesentlichen nicht viel Neues in Erscheinung tritt. Denn auch weiterhin ist die ökonomische Ausrichtung der Unternehmen sozusagen ein Ausschnitt der zentralen Entscheidungen.

Der erste wesentliche Unterschied besteht — wie schon betont — darin, daß die passive Rolle der Geld-Warenbeziehungen auf dem Gebiet der staatlichen Wirtschaft dadurch in eine grundsätzlich aktive geändert wird, daß die Existenz des Unternehmens von der Realisierung der Marktproduktion abhängig ist, was vordem nicht die erste Bedingung sein mußte.

Ein anderer Unterschied betrifft die Ausarbeitung des Perspektivplans. Dieser Plan entsteht als Ergebnis der schöpferischen Zusammenarbeit der zentralen Planungsorgane und der Fachgebiets-Unternehmen. Diese Zusammenarbeit kann nicht als passive Vornahme mikroökonomischer Forderungen der Unternehmen durch die Zentralstelle oder im Gegenteil als passive Annahme makroökonomischer Forderungen der Zentralorgane, ausgearbeitet für die niedrigeren Wirtschaftseinheiten, aufgefaßt werden. Eine solche Auffassung läßt einerseits nicht die schöpferische Beteiligung der Fachgebiete des Unternehmens an der Ausarbeitung des Zentralplans zu und desgleichen auch nicht die steigende Bedeutung des Marktmecha-

nismus an der Wirtschaftsgebarung des Unternehmens. Bei der Ausarbeitung des Perspektivplans wird es um eine schöpferische Synthese der Interessen beider beteiligten Komponenten gehen.

Wenn wir bisher im Zusammenhang mit den neuen Grundsätzen der planmäßigen Lenkung der Volkswirtschaft in der Tschechoslowakei den positiven Einfluß des Marktmechanismus betonten, liegt die Frage auf der Hand, ob in den Bedingungen, wenn ein Unternehmen an der Bildung des Bruttoeinkommens materiell interessiert ist und deshalb bestrebt sein wird, nur jene Erzeugnisse zu produzieren, die Absatz finden, es nicht zugleich versuchen wird, durch spekulativen Druck Preissteigerungen zu erzielen und dadurch die Höhe seines Bruttoeinkommens zu beeinflussen. Es würde sich offensichtlich um Erzeugnisse handeln, bei denen freie Preise vorausgesetzt werden.

Im großen ganzen erwartet man, daß die durch den Standpunkt der Unternehmen beeinflusste Preishöhe den tatsächlichen gesellschaftlichen Kostenaufwand in steigendem Maß richtiger widerspiegeln wird. In dem Bestreben, ihren Fonds der Entlohnungen zu vergrößern, werden sich die Unternehmen in der Regel bemühen, die günstigste Struktur ihrer Produktion zu wählen und so eine geeignete Nachfrage nach den Erzeugnissen hervorzurufen.

Insofern aber dennoch die Gefahr von Spekulationspreisen entstehen sollte, kann diesem Umstand durch eine Erweiterung der festen oder der Limitpreise, geeigneter aber auch durch den Import von Waren aus dem Ausland begegnet und so ein Druck auf die Preise ausgeübt werden. Unter bestimmten Umständen ist eine öffentliche Preiskontrolle nicht ausgeschlossen.

Weil das Entgelt der Werktätigen auch durch Senkung der Zahl der Beschäftigten im Unternehmen erhöht werden kann, ist zu erwarten, daß eine Verknüpfung des Unternehmens mit den Kennziffern des Bruttoeinkommens in der Tschechoslowakei zu einer Lösung des immer größer werdenden Mangels an Arbeitskräften beitragen wird.

NEUE FUNKTION DES AUSSENHANDELS

In der neuen Auffassung des Planes ändert sich notwendigerweise die Beziehung des Außenhandels zur Produktion. Typisch für die bisherige Entwicklung war eine strenge Trennung der Produktion von den Auslandsmärkten, die auf der gegenseitigen Abtrennung der Außenhandels- und der Inlandspreise basierte, was kaum die Möglichkeit bietet, das Maß an Verdiensten oder Mängeln des Erzeugers oder des Verkäufers zu beurteilen (wie in den Grundsätzen betont wird), insbesondere aber keinerlei ökonomische Anregung für eine Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit

der Erzeugnisse auf dem Markte oder für Kosten-senkungen in der Produktion und im Umlauf ent-stehen läßt.

Dieser Mangel in der Planungsweise kann in den neuen Bedingungen nur so überwunden werden, daß das Produktionsunternehmen in unmittelbarem Kon-takt mit dem Auslandsmarkt gelangt.

In den Grundsätzen wird vorausgesetzt, daß dieses Ziel auf zweierlei Weise erreicht werden kann:

1. Man rechnet mit der Schaffung einer Handelsgruppe oder eines Außenhandelsunternehmens als gemein-samem Organ der Produktion und des Außenhandels. In handelspolitischen Fragen würde dieses Gebilde durch den Außenhandel geleitet werden, in produktionstechnischen Fragen durch den Direktor des Fach-unternehmens.

2. In einigen Fällen wird eine engere Organisations-bindung durch die vollständige Eingliederung des Außenhandels in das Fachunternehmen oder den Trust von Unternehmen bei Beibehaltung des Mono-pols im Außenhandel geschaffen werden.

Die Ursachen des Entstehens aller dieser Änderungen wurden oben beleuchtet. Dabei müssen jedoch auch die neuen Ziele gesehen werden, die dadurch erreicht werden. In Zukunft werden die wirtschaftlichen Er-gebnisse eines Unternehmens, das für den Export erzeugt, die Ergebnisse der Realisierung seiner Er-zeugnisse auf dem Außenmarkt widerspiegeln. Ein Unternehmen, das Rohstoffe aus dem Ausland importiert, wird mit ihren tatsächlichen Kosten kalkulieren und mit diesen dementsprechend umgehen.

Diese radikalen Änderungen in der Planung setzen natürlich gewisse organisatorische und kadermäßige Sicherungen voraus.

Diese Änderungen berühren jedoch auch die tech-nische Basis, die sich nach folgenden Prinzipien her-ausbilden soll:

1. Es wird notwendig sein, die zentrale Wirtschafts-leitung von der Leitung der wirtschaftlichen Rech-nungsführung (Betriebsleitung) zu unterscheiden. Die Leitung der wirtschaftlichen Rechnungsführung über-nimmt eine Reihe operativer Leitungsfunktionen von den Ministerien und wird in breitem Maß ökonomi-sche Hebel auszunützen haben.

2. Die grundlegenden Organisationsformen der wirt-schaftlichen Betriebs-Produktions-Einheiten werden sein: a) Fachunternehmen mit unterstellten Betrieben entweder eines Spezialfachs oder einiger unmittelbar verbundener und aneinander anknüpfender Fach-gebiete (Kombinate), b) Trusts von Unternehmen, organisiert nach den Fachgebieten.

3. An der Spitze beider Formen der wirtschaftlichen Produktions-Fachgebietseinheiten wird die Fach-gebiets-Direktion als Organ der komplexen Leitung,

das nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitet, gegenüber allen unterstellten Wirtschaftseinheiten stehen.

Die Fachunternehmen und Trusts werden die Ver-antwortung für ihre Tätigkeit in drei Richtungen tra-gen: die Verantwortung für eine solche Entwicklung der anvertrauten Fachgebiete, die zur Erreichung des Weltniveaus im technischen Wert und der Qualität der Erzeugnisse sowie der Wirtschaftlichkeit bei ihrer Her-stellung führen wird; die Verantwortung für die lau-fende, gleichmäßige Versorgung der Volkswirtschaft mit Erzeugnissen des betreffenden Fachgebietes; die materielle Verantwortung für den wirtschaftlichen Ein-satz der anvertrauten Mittel.

BETONUNG DES PRINZIPS DER MATERIELLEN INTERESSIERTHEIT

Eine hervorragende Rolle bei diesen Maßnahmen wird die materielle Interessiertheit der Unternehmen spie-len, die durch die direkte Abhängigkeit der Löhne und Prämien vom Bruttoeinkommen des Unterneh-mens gegeben ist. Dadurch wird die schöpferische Ini-tiative der Werktätigen eine neue Grundlage erlangen, und es werden die Widersprüche beseitigt, die gegen-wärtig zu einer Bremse geworden sind.

Die konkrete Arbeitsteilung der Leitung und Befug-nisse sowie der Verantwortung innerhalb der fach-lichen Wirtschaftseinheit muß in breitem Ausmaß den Rechtsbefugnissen der Fachdirektion überlassen werden. Hierbei gilt der Grundsatz, daß den unter-stellten Einheiten die größtmögliche ökonomische Selbständigkeit überlassen werden soll, die mit der leitenden Stellung und der Funktion der Fachdirek-tion vereinbar ist.

Abschließend kann man sagen, daß die tschecho-slowakische Volkswirtschaft seit der Zeit der Natio-nalisierung (1948) noch nie vor der Aufgabe stand, so tiefgreifende und prinzipielle Veränderungen in der Leitungstätigkeit der Volkswirtschaft zu verwirk-lichen, wie sie seit Beginn des Jahres 1965 in Angriff genommen werden. So weitgehend diese Veränderun-gen in der Planungstätigkeit auch sind, so bedeuten sie aber keineswegs einen Schritt zurück zu Marktbe-ziehungen, die in der Vergangenheit vor Beginn der Pla-nung existierten.

Zu diesen Änderungen kommt es in einer Zeit, in der in der Tschechoslowakei während der letzten Jahr-zehnte viel neue Betriebe errichtet wurden, in der das Nationaleinkommen in seiner Gesamtheit sowie pro Kopf der Bevölkerung anstieg, kurz: in der sich die ökonomische Basis wesentlich verbreitert. Die weitere Verbreitung dieser Basis erfordert eine bes-sere Nutzung der Möglichkeiten des Marktmechani-smus als eines Instrumentes, das der zielbewußten Ge-staltung des Perspektivplans untergeordnet ist.